



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
N-CN/Gei,
14.03.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02_22-007

☎ 0228
oder 14-0

Bonn
21.07.2022

**Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß §§ 26 Abs. 2 KVBG
i.V.m. 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C
(BNA0331) der Uniper Kraftwerke GmbH; Aktenzeichen 4.14.03.02_22-007**

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Robert-Schuman-Str. 7, 44263
Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beiladung der

Uniper Kraftwerke GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Holzstr.6, 40221 Düsseldorf

- Beigeladene -

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 21.07.2022 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 14.03.2022 auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C im Sinne von §§ 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i.V.m. 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.11.2022 bis zum 31.10.2024 wird genehmigt.
2. Der Antragstellerin wird aufgegeben, einen möglichen Folgeantrag nach §§ 26 Abs. 2 KVBG i.V.m. 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Scholven C spätestens bis zum 30.09.2023 bei der Bundesnetzagentur zu stellen, sofern dieser über den 31.10.2024 hinaus systemrelevant ist.

Gründe:

I.

Die Betreiberin der Anlage Scholven C, die Uniper Kraftwerke GmbH (im Folgenden: die Beigeladene) nahm an der dritten Ausschreibungsrunde (Gebotstermin 30.04.2021) zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Scholven C, Nettonennleistung 345 MW, erhielt einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur informierte am 14.07.2021 die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) über die Anlagen, die einen Zuschlag in der dritten Ausschreibungsrunde erhalten haben. Die ÜNB überprüften im Rahmen der auf die Mitteilung vom 14.07.2021 folgenden Systemanalyse für das 2022, ob die Anlage Scholven C ab Wirksamwerden des Verfeuerungs- und Vermarktungsverbots am 01.11.2022 systemrelevant ist. Die Systemanalyse der ÜNB ging bei der BNetzA am 08.03.22 ein. Mit Schreiben vom 14.03.2022, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 21.03.2022, teilte die Antragstellerin unter Berufung auf das Ergebnis der Systemanalyse mit, dass die in ihrer Regelzone gelegene Anlage Scholven C bis zum 31.10.2024 systemrelevant sei und beantragte die Genehmigung dieser Systemrelevanzausweisung durch die Bundesnetzagentur.

Der Beigeladenen wurde mit Schreiben vom 10.05.2022 die Möglichkeit gegeben, zum Verfahren und zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur, den Antrag zu genehmigen, Stellung zu nehmen. Mit Schreiben vom 30.05.2022 gab die Beigeladene eine Stellungnahme ab. Sie legte dar, dass im Rahmen der Systemrelevanzprüfung von Block C die Entwicklung des gesamten Kraftwerkstandorts Scholven berücksichtigt und abgewogen werden müsse, welche der in Betracht kommenden Anlagen am sinnvollsten in die Netzreserve aufzunehmen sei. Die Beigeladene wies darauf hin, dass neben der Stilllegung von Block C im Oktober 2022 zudem Block B sowie das Fernwärmekraftwerk (FWK) Buer zur endgültigen Stilllegung angezeigt worden seien (Block B: Stilllegung Juni 2023, FWK Buer: Stilllegung März 2023), wohingegen im Dezember 2022 der Kraftwerksneubau GuD Scholven III in Betrieb genommen werde. Die Beigeladene gab an, sie komme nach einer Abwägung der Vor- und Nachteile der in den kommenden 12 Monaten zur Stilllegung anstehenden Anlagen hinsichtlich deren Eignung als Netzreservekraftwerk zu dem Ergebnis, dass der Kraftwerksblock Scholven B vorzugswürdig als systemrelevant auszuweisen und in die Netzreserve aufzunehmen sei und dagegen die Systemrelevanz von Scholven C verneint werden müsse. Zur Begründung führt sie aus, dass Scholven B in einem besseren technischen Zustand sei als Scholven C, sodass bei Block B mit weniger Nichtverfügbarkeiten aufgrund technischer Mängel zu rechnen sei. Scholven B weise zwar etwa ebenso viele Betriebsstunden auf wie Scholven C, allerdings sei Block B als Fernwärme- und Dampferzeuger im Vergleich stets konstanter betrieben und häufiger gewartet worden, wodurch der Verschleiß der Anlage weniger weit fortgeschritten sei als bei Scholven C.

Zudem könne Scholven B anders als Block C noch Fernwärme an Hausanschlüsse und Prozessdampf für die umliegende Industrie auskoppeln. Dies sei vor allem im Fall einer möglichen Gas-mangelsituation von Bedeutung, da in diesem Fall die Stromerzeugung aus der Neuanlage Scholven III durch den Betrieb des Kohleblocks B ausgetauscht werden könne. Zu den Nachteilen einer Systemrelevanzausweisung von Scholven C zähle, dass die Betriebsmannschaft des Blocks nicht an den Trainingsmaßnahmen zum Betrieb von Scholven III eingesetzt werden könne. Hierdurch seien wiederum Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des neuen Blocks möglich, die sich nachteilig auf die Bereitstellung der Fernwärmeversorgung auswirken könnten. Zu berücksichtigen sei weiter, dass Block C und der neue Block Scholven III über dieselbe Kraftwerkanschlussleitung mit dem 220 kV Netz verbunden seien, sodass im Fall eines Parallelbetriebs beider Blöcke die Einspeiseleistung von Block C eingeschränkt sein könnte. Nachteilig sei auch der hohe Stickstoffoxidausstoß von Scholven C, der aktuell nur aufgrund einer immissionsschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde, der Bezirksregierung Münster, zulässig sei. Diese Ausnahmegenehmigung laufe Ende 2022 ab und es sei ungewiss, ob die Bezirksregierung auch künftig eine entsprechende Ausnahmegenehmigung erteile. Ohne die Gewährung einer Ausnahmegenehmigung wären zum Weiterbetrieb von Block C kosten- und zeitintensive Baumaßnahmen an der Anlage notwendig, damit die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen an den Betrieb eingehalten werden könnten.

Hilfsweise trägt die Beigeladene vor, sollten tatsächlich mehrere Kraftwerksblöcke am Standort Scholven systemrelevant sein, dass ausschließlich Scholven B und C an der Stilllegung gehindert und in die Netzreserve überführt werden sollten. Eine Systemrelevanz und ein Weiterbetrieb des FWK Buer anstelle einer Systemrelevanz von Scholven B oder C habe erhebliche Nachteile auf den Betrieb des neuen Kraftwerksblocks III und sei abzulehnen. Gleichwohl solle eine Systemrelevanzausweisung und –genehmigung für die Blöcke B und C nur bei absoluter Notwendigkeit erfolgen. Zur Begründung führt sie aus, dass insbesondere ein Parallelbetrieb der Blöcke B und C nach Inbetriebnahme von Block III immissionsschutzrechtlich nicht mehr zulässig sei. Zudem komme nach Inbetriebnahme von Scholven III für die Blöcke B und C eine Betriebsstundenzahlbeschränkung zur Anwendung, wonach sich die zulässige Betriebsstundenzahl des jeweiligen Blocks gemessen an den Einsatzstunden des Jahres 2017 halbiere.

Mit Schreiben vom 30.06.2022 gab die Antragstellerin Ihrerseits eine Stellungnahme zum Vortrag der Beigeladenen ab. Insbesondere trägt sie vor, dass der Weiterbetrieb von Scholven B keine Alternative zum Weiterbetrieb von Block C in der Netzreserve darstelle, da Scholven B im Hinblick auf die am 30.03.2022 erfolgte Anzeige der Beteiligten über die geplante endgültige Stilllegung zum 30.06.2023 aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso als systemrelevant ausgewiesen werde.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

1. Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C wird stattgegeben. Der zulässige Antrag ist begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG in Verbindung mit §§ 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 S. 1 EnWG vorliegen.

Der Kraftwerksblock Scholven C ist systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn seine Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

- a) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung

der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich konnte die Antragstellerin darlegen, dass die Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze benötigt wird, da ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Dies ergibt sich aus der aktuellen Systemanalyse der ÜNB des Jahres 2022 sowie dem Bericht der Bundesnetzagentur aus dem Jahr 2022 über die Ergebnisse der Prüfung der Systemanalyse. Die Systemanalyse der ÜNB sowie der hierauf ergehende Bericht der Bundesnetzagentur sollen gemäß § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz eines zur Stilllegung angezeigten Kraftwerks herangezogen werden.

Aus der am 29.04.2022 von der Bundesnetzagentur bestätigten Systemanalyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 geht hervor, dass Scholven C in der den Netzreservebedarf dimensionierenden Stunde (Netznutzungsfall 273), d.h. der Stunde mit der höchsten, aus Netzreserveanlagen zu deckenden Redispatchleistung von den ÜNB mit seiner gesamten Netto-Nennleistung von 325 MW eingesetzt wird („robuste Grenzsituation“)¹. Ohne den Redispatcheinsatz der Anlage in dem identifizierten Netznutzungsfall ist zu befürchten, dass es zu Überschreitungen des betrieblichen Grenzwerts der Strombelastbarkeit der betroffenen Leitungen und damit zu Verletzungen des (n-1)-Sicherheitsstandards kommt. Folgt aus einer solchen, nicht behebbaren Verletzung der betrieblichen Grenzwerte eine automatische Abschaltung der betroffenen Leitung(en), drohen weitere Leitungen aufgrund zu hoher Strombelastungen auszufallen. Folge einer solchen kaskadierenden Abschaltungen von Netzelementen des Übertragungsnetzes können weiträumige Stromausfälle sein.

Die ÜNB haben in der vorgenannten Systemanalyse zudem untersucht, welche Kraftwerke wie häufig innerhalb des jeweils betrachteten Zeitraums von 12 Monaten in jeder einzelnen Stunde (und nicht nur in der für die Netzstabilität besonders kritischen Situation des bedarfsdimensionierenden Nutzungsfalls) zum Redispatch eingesetzt werden. In dieser Jahresbetrachtung („robuster Jahreslauf“) vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 kommt Scholven C in 155 Stunden zum Einsatz².

- b) Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von Scholven C infolge des Kohleverfeuerungsverbots mit hinreichender Wahrscheinlich-

¹ Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 für die Zeiträume vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 sowie vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024, S. 166, abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/Netzreserve/start.html>; Bericht der Bundesnetzagentur über die Feststellung des Netzreservebedarfs für den Winter 2022/2023 sowie das Jahr 2023/2024, S.52, abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/Netzreserve/start.html>

² aaO.

keit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

- c) Entgegen des Vortrags der Beigeladenen stellt die Systemrelevanzausweisung und –genehmigung des Nachbarblocks Scholven B keine andere, gleich geeignete Maßnahme als die Stilllegungsuntersagung von Block C im Sinne des § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG dar, um die im Falle einer Stilllegung drohende Gefährdungslage zu beseitigen. Daher ist es unerheblich, ob sich Scholven B in einem besseren technischen Zustand befindet als Scholven C oder die immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen für den Weiterbetrieb von Scholven C höher sind als diejenigen von Block B. Auch die geltend gemachten Vorteile von Scholven B im Hinblick auf die Bereitstellung von Fernwärme und Prozessdampf können nicht dazu führen, dass die Systemrelevanz von Scholven C entfällt.

Denn als Alternative zum Weiterbetrieb von Scholven C käme der Weiterbetrieb von Scholven B nur in Betracht, wenn die Antragstellerin zu dem Ergebnis kommt, dass am Standort Scholven tatsächlich nur der Betrieb einer der beiden Anlagen erforderlich ist, um das Übertragungsnetz auch in der besonders kritischen Netzsituation der bedarfsdimensionierenden Stunde betriebssicher zu halten. Allerdings legt die Antragstellerin dar, dass der Einsatz von Scholven C trotz des Betriebs von Scholven B erforderlich ist.

In der bedarfsdimensionierenden Stunde während des Untersuchungszeitraums vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 kommen beide Anlagen parallel zum Einsatz. Während Scholven C zum Redispatch herangezogen wird (Einspeisung auf 220 kV Ebene), speist Scholven B marktgetrieben eine Leistung von 320 MW ein (auf 380 kV Ebene).

Die Antragstellerin hat zudem dargelegt, dass auch über den 31.03.2023 hinaus beide Anlagen zur Gewährleistung des sicheren Betriebs des Übertragungsnetzes erforderlich

sind. Sie hat mit Schreiben vom 30.06.2022 mitgeteilt, sie werde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in Reaktion auf die Anzeige der geplanten endgültigen Stilllegung von Scholven B zum 30.06.2023 ebenfalls die Systemrelevanz dieses Blockes ausweisen.

- d) Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 Alt. 1 EnWG erfolgt die Ausweisung in dem Umfang, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung der Anlage (345 MW) beziehen, da nach dem Ergebnis der Systemanalyse diese Leistung in der bedarfsdimensionierenden Stunde angefordert wird.
 - e) Die Ausweisung der Systemrelevanz für 24 Monate vom 01.11.2022 bis zum 31.10.2024 durch die Antragstellerin begegnet keinen Bedenken. Aus § 13b Abs.5 S.9 EnWG folgt, dass eine Ausweisung von 24 Monaten zulässig ist, solange innerhalb dieses Zeitraums die Systemrelevanz anhand einer Systemanalyse der ÜNB nachgewiesen werden kann. Wie zuvor unter Punkt 1.a) dargestellt, fällt Stunde mit dem höchsten inländischen Netzreservebedarf, in welcher auch diese Anlage zur Einhaltung des Betriebssicherheitsgrenzwerte angefordert werden muss, in den Ausweisungszeitraum.
 - f) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.
2. Ziffer 2 der Entscheidung basiert auf § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG. Danach kann die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Zwar trifft das Gesetz keine Regelung, wie lange im Voraus ein betroffener Kraftwerksbetreiber im Falle einer möglichen erneuten Systemrelevanzausweisung über diese zu informieren ist. Indes bestimmt § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG, dass der Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Genehmigung der Ausweisung nach Prüfung der Anzeige einer Stilllegung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur zu stellen und zu begründen hat. Damit soll sichergestellt werden, dass durch eine frühzeitige Information die berechtigten Interessen des betroffenen Kraftwerksbetreibers gewahrt und insbesondere durch die Gewähr von Planungssicherheit dessen Belastung so gering wie möglich gehalten werden sollen. Obwohl eine entsprechende Vorschrift für den Fall der Folgeausweisung fehlt, ist der dahinterstehende Rechtsgedanke als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips übertragbar. Wenngleich der Rechtsbegriff „unverzüglich“, also „ohne schuldhaftes Zögern“, wie in § 121 BGB definiert, in jedem Fall individuell variieren kann, ist es vorliegend angemessen, der Antragstellerin aufzugeben, die Genehmigungen möglicher

anschließender Systemrelevanzausweisungen bis spätestens Ende September 2023 bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Diese geht selbst davon aus, bis zum vorgenannten Zeitpunkt Gewissheit über die Bedeutung des Kraftwerksblocks Scholven C für die Systemsicherheit zu haben.

Rechtsbehelfsbelehrung

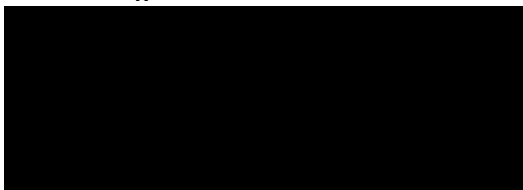
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 21.07.2022

Im Auftrag



(Leiterin Referat Versorgungssicherheit Strom)